

**Gesprächsleiter Prof. Dr. Rainer Ortleb:** Danke, Herr Dr. Florath. Ich danke den Vortragenden und den Fragestellern. Wir sind damit am Ende dieses Abschnitts.

Pause von 12.30 bis 13.05 Uhr.

**Vorsitzender Rainer Eppelmann:** Wir hören als ersten jetzt Herrn Professor Neidhardt aus Berlin. Da ich weiß, daß nicht jeder von Ihnen seine biographischen Daten hat, lassen Sie mich folgendes sagen: Geboren 1934, Promotion 1962, Habilitation 1968, zunächst Ordentlicher Professor in Hamburg und in Köln am Institut für Soziologie der dortigen Universität. Interessant für uns – und deswegen wohl auch eingeladen: ab 1988 Direktor im Wissenschaftszentrum in Berlin und seit 1994 Präsident des Wissenschaftszentrums für Sozialforschung. Ich bitte Sie jetzt um Ihren Einführungsvortrag, Herr Professor Neidhardt.

**Prof. Dr. Friedhelm Neidhardt:** Danke schön, Herr Eppelmann. Mein Thema: Evaluierung und Erneuerung – die Umwandlung der DDR-Hochschulen im deutschen Einigungsprozeß:

Das Hochschulsystem der DDR war Bestandteil des politischen und ideologischen Systems der SED und ist mit diesem gescheitert. Zur Konkursmasse gehörten neben 45 Fach- und Spezialhochschulen neun Universitäten. Es gab zwingende Gründe, diesen Bestand entweder aufzulösen oder gründlich zu sanieren; der status quo ante war nicht haltbar. Handlungsbedarf ergab sich aus mindestens drei Gründen:

1. Die Zerstörung der Hochschulautonomie und eine weitgehende ideologische Steuerung universitärer Rekrutierungs-, Lehr-, Forschungs- und Verwaltungsprozesse beschädigten in der DDR die wissenschaftliche Qualität weiterer Bereiche der Hochschularbeit. Sie beschädigten auch die persönliche Integrität eines nicht geringen Teils der Hochschullehrer und Hochschulverwalter.
2. Forschung und Ausbildung waren planwirtschaftlich eng an die spezifischen Praxisbedürfnisse sozialistischer Ökonomie und Verwaltung gebunden. Der Zusammenbruch des Regimes und seiner Institutionen machte die auf deren Sonderprobleme bezogenen Orientierungsgrößen für Forschung und Lehre obsolet.
3. Die starke Konzentration der Forschung in den außeruniversitär plazierten Akademien der Wissenschaften beeinträchtigte die wissenschaftliche Eigenproduktion der Hochschulen.

All dies erzwang nach der Wende radikale Eingriffe in das bestehende Hochschulsystem. Die DDR-Umstände hatten allerdings sowohl die wissenschaftliche Qualität der verschiedenen Fakultäten und Disziplinen als auch die persönliche Integrität ihrer Mitglieder in unterschiedlichem Maße belastet. Je weniger ideologisiert die Wissenschaftssubstanz der Fakultäten, je weniger regime-

spezifisch die Anwendungsfelder von Forschung und Lehre, je weniger akademiebetrieben die Forschung der Disziplinen waren, um so weniger problematisch erschienen in den Hochschulen einzelne Bereiche und Gruppen. In einem insgesamt überfremdeten Hochschulbereich gab es nicht wenige Fälle hervorragender Forschung und fachlich ebenso wie menschlich beeindruckender Hochschullehrer. Die Kunst der Hochschulerneuerung in den neuen Bundesländern war insofern darauf angewiesen, Radikalität mit Differenziertheit, Entschiedenheit mit Augenmaß zu verbinden – eine schwierige Balance, die sich sowohl durch westdeutsche Borniertheit als auch durch einheimische Kumpanei leicht verpassen ließ.

Betrachtet man mit Blick darauf die tatsächlichen Abläufe, so ist vorab zu erwähnen, daß bald nach der Wende aus der DDR-Menge der 54 Hochschulen eine größere Zahl kleinerer Spezialhochschulen verschwand, nämlich entweder in Universitäten eingegliedert oder aber vollständig aufgelöst wurde, weil z. B. nach der Liquidation von Kombinat, denen sie zugeordnet waren, kein Bedarf mehr bestand. Zurück blieben eine Reihe von Fachhochschulen und die Universitäten. Letztere sind nicht aufgelöst, sondern in schwierigen und teilweise ziemlich chaotischen Prozessen umgewandelt worden.

Am Anfang – in den Jahren 1989/90 – stand der Versuch aller alten DDR-Universitäten, sich selber zu reformieren. Die SED-Instanzen und FDJ-Leitungen in den Hochschulen wurden herausgedrängt, die ML-Sektionen aufgelöst, einige Etiketten ausgewechselt und Planspiele für möglichst schonende Korrekturen betrieben. Solche Manöver einer „Machterhaltung durch Reform von oben“ waren überwiegend kurzlebig. Sie begegneten in den Hochschulen einem Druck auf resolutere Erneuerung von unten, der allerdings, sieht man von Einzelfällen, z. B. der Universität Jena, ab, nur von relativ kleinen und überwiegend wenig koordinierten Gruppen aktiv ausgeübt wurde. Alles in allem scheiterten die Bemühungen um Selbsterneuerung daran, daß jene Mindestmenge an gleichermaßen strategisch geschickten wie sozial anerkannten Akteuren, die ein Institutionenwandel braucht, in den alten Hochschulen der DDR selber nicht vorhanden war. Entscheidend war die Knappheit an unbelasteter Kompetenz. Es gab einerseits die Belastungsprobleme der management- und politikerfahrenen alten Kader. Deren Reformeifer mußte schon dadurch gebremst sein, daß viele von ihnen sich hätten selber abschaffen müssen, wenn sie mit der Selbsterneuerung Ernst gemacht hätten. Es gab andererseits das vielleicht noch folgenreichere Kompetenzproblem der Unbelasteten, die unter den Bedingungen ihrer DDR-Biographie weder Organisationserfahrungen noch unternehmerischen Elan gelernt haben konnten. Nur wenige von ihnen haben sich in die Eigendynamik der Entwicklungsprozesse wirksam eingemischt. Hinzu kam, daß es zwischen den Akteuren viel Mißtrauen und einen erheblichen Rückstau an unfreundlichen Affekten gab, die den tatsächlichen oder vermeintlichen Täter-Opfer-Konstellationen früherer Jahre entstammten. Das Mindestmaß an Konsens, das ein zielstrebigem Institutionenumbau seinen Akteuren abverlangt, konnte sich nicht als Erbschaft einer Universitätsge-

schichte darstellen, die unter DDR-Bedingungen Widersprüche und Verletzungen erzeugt hatte, ohne den offenen Konflikt darüber zuzulassen. Die Konsequenz war: Der Umbau verlangte die Einmischung von außen. Das mit der Verfassung der Bundesrepublik neu verbürgte Recht auf Hochschulautonomie mußte auf Zeit außer Kraft gesetzt werden, um die Hochschulen der neuen Bundesländer überhaupt erst autonomiefähig zu machen. Und dieser Prozeß bedurfte der Mitwirkung externer Akteure; ohne die „Wessis“ wäre die Hochschulerneuerung nicht in Gang gekommen und nicht durchgesetzt worden.

Es stellte sich nun allerdings nicht ohne Peinlichkeit die Frage, auf welche Zielgrößen hin die Reform der alten DDR-Universitäten gesteuert werden sollte. Zwei Gesichtspunkte sprachen gegen die bloße Übertragung des westdeutschen Hochschulmodells:

1. Zwar war das Hochschulsystem der DDR ruinös verfremdet, aber es besaß doch einige interessante Merkmale, die man als erhaltenswert ansehen konnte. Dazu zählte der damalige Präsident des Wissenschaftsrates, Dieter Simon, – ich zitiere – “die gute Betreuungssituation der Studenten, das wertvolle Engagement des Mittelbaus, die vielfache Verknüpfung von Theorie und Praxis, darunter die für westliche Augen vielfach irritierenden universitären Bastardformen aus berufsnaher Ausbildung, praxisorientierter Forschung und akademischer Lehre.“ Zwar ließ sich dies unter anderen institutionellen Bedingungen nicht einfach kopieren, aber es hätte zumindest doch zu Abweichungen vom westdeutschen Modell führen können.
2. Solche Abweichungen erschienen um so attraktiver, als die enormen Schwächen westdeutscher Hochschulen eklatant waren und seit Jahrzehnten mit steigendem Unbehagen von allen Beobachtern diskutiert und kritisiert wurden. Hätte es also nicht nahegelegen, das westdeutsche Muster mit einzelnen Strukturmerkmalen der DDR-Hochschulen anzureichern und insofern einen dritten Weg zu gehen?

Wer sich das wünschte, mußte enttäuscht werden. Unter den gegebenen Bedingungen gab es bei seiner Übertragung auf die neuen Bundesländer keine Chancen für die Revision des westdeutschen Hochschulmodells. Praktisch verfügbar war nur die Option „Anpassung durch Übernahme“. Der im Einigungsvertrag vereinbarte Beitritt nach Artikel 23 Grundgesetz legte den Modus der Vereinigung als Anschluß der DDR an die Verfassungsprinzipien, Gesetze und Institutionen der Bundesrepublik fest. Das erzeugte Machtverhältnisse, unter denen Abweichungen vom westdeutschen Hochschulwesen Initialzündungen in diesem selber vorausgesetzt hätten. Vielleicht hätte der Wissenschaftsrat diese Initialzündungen auslösen oder zumindest wirksam anmahnen können. Er tat es nicht und blieb, als es darauf ankam, seine eigene Kritik am westdeutschen Hochschulsystem für die Gestaltung neuer Hochschulen in Ostdeutschland zu nutzen, unter seinen Möglichkeiten. Dies hing sicher auch damit zusammen, daß die schwache Reformkraft westdeutscher Hochschulpolitik im Osten auf einen Handlungsdruck traf, der keine Experimentierphase zuließ. Einerseits

war die alte Ordnung zusammengebrochen, und keiner war darauf vorbereitet. Andererseits waren die Studenten nicht verschwunden. Es gab an den Hochschulen der neuen Bundesländer auch in den turbulentesten Phasen Zigtausende, die studieren und geprüft werden wollten. Die schnellste und am wenigsten riskante Lösung, sie zu bedienen, bestand darin, Produktprogramme und Produktionsstrukturen vom westdeutschen Hochschulsystem zu übernehmen, dies bei gleichzeitiger Auswechslung wesentlicher Teile des alten Personals

Für die schwierigen Prozesse der Durchsetzung dieses Programms standen Verfahrensregeln aber nun kaum zur Verfügung. Es galten die allgemeinen Bestimmungen des Hochschulrahmengesetzes, an dem sich die Akteure des Neubaus orientieren konnten, aber das reichte nicht aus, wenn es darum ging, erst die Bedingungen schaffen zu müssen, unter denen diese Regeln ihren Sinn erhalten. Für die Regulierung der Umstrukturierung und Evaluationen fehlten klare und einheitliche Maßstäbe. Das Bundesbildungsministerium besaß wenig Kompetenzen, die Kultusministerkonferenz verhielt sich merkwürdig passiv. Die Hochschulrektorenkonferenz gab Empfehlungen für Verfahrensgestaltungen, die teilweise aber entsprechenden Vorschlägen des Wissenschaftsrats widersprachen. Unter diesen Bedingungen kam den Wissenschaftsministerien der Länder die entscheidende Funktion der Rahmensteuerung zu. Diese aber mußten sich, sieht man von Berlin ab, selber erst einrichten und etablieren, sie waren offenkundig überfordert. Ihre Vorgaben kamen in der Regel spät, waren von Land zu Land kaum koordiniert und oft auch nicht lange bestandsfähig. Die Folge ist, daß sich sowohl von den Abläufen als auch von deren Ergebnis nur schwer ein klares Gesamtbild zeichnen läßt. Festhalten läßt sich aber wohl dies:

1. In allen Fällen spielten die Finanzminister und die Haushaltsausschüsse der Landtage eine entscheidende Rolle. Die Mittel für den Neuaufbau waren knapp. In allen Fällen wurden Kapazitäten nicht nur umgestaltet, sondern auch erheblich eingeschränkt. Der Umbau vollzog sich unter der Bedingung eines erheblichen Abbaus von Ressourcen.
2. Mit der Einschränkung der Hochschulautonomie kam es zu einer spürbaren Marginalisierung hochschulinterner Gremien und Ämter. Diese blieben zwar erhalten, konnten auch intervenieren, konterkarieren und bremsen, taten dies auch, konnten letztlich aber nicht bestimmen.
3. Die maßgeblichen Impulse ergaben sich wohl aus mehr oder weniger funktionierenden Koalitionen zwischen Landesbehörden und sogenannten Struktur- und Berufungskommissionen, und für diese Kommissionen galt – hier setzte sich eine Wissenschaftsratsempfehlung weitgehend durch –, daß sie ost-west gemischt waren, daß aber westdeutsche Hochschullehrer überwiegend den bestimmenden Einfluß besaßen. Viele hundert westdeutsche Professoren und Professorinnen, meist empfohlen von Wissenschaftsorganisationen und Fachverbänden und dann von den Landesbehörden bestellt, waren über zwei bis drei Jahre zum Teil mit erheblichem Aufwand enga-

giert. Wie groß deren Einfluß im einzelnen war, in welchem Stil er ausgenutzt und in welche Richtungen er eingesetzt wurde, schwankte in Abhängigkeit von persönlichen Eigenschaften und Motiven ganz erheblich.

Wenn institutionelle Regelungen schwach und widersprüchlich sind, entstehen Freiräume für Personen und für individuelles Unternehmertum. Ich wage nicht, pauschal zu beurteilen, mit welchem Elan, zu welchen Zwecken und mit welchem Erfolg die unternehmerischen Möglichkeiten von den „Wessis“ genutzt worden sind, die in den zahllosen Fakultäten und Fachbereichen tätig waren. Naheliegend ist die Annahme, daß aus dem Westen ein großes und ziemlich gemischtes Spektrum individueller Überzeugungen und Interessen eingebracht wurde. Das macht es schwer, die Vernünftigkeit der vielen Einzelteile des gesamten Prozesses zuverlässig einzuschätzen. Beeindruckend bleibt immerhin, wieviele sich jenseits ihrer üblichen Pflichten für die deutsch-deutschen Angelegenheiten hochschulpolitisch engagiert haben. Dies war für sie kein business as usual. Daß sie darauf kaum vorbereitet waren, wird niemanden verwundern.

Die größten Herausforderungen an die lokalen Akteure stellten sich bei ihrer Aufgabe, die vorhandenen Forscher und Lehrer zu evaluieren. Das vollzog sich formal in zwei getrennten Vorgängen. Ehren-, Integritäts- oder sogenannte Personalkommissionen prüften die politische Integrität der Hochschulangehörigen. Die Mitglieder dieser Kommissionen waren zum Teil von den Hochschulen gewählt, zum Teil von den Landesministerien ernannt. Struktur- und Berufungskommissionen, in denen in der Regel westdeutsche Hochschullehrer dominierten, evaluierten die fachliche Eignung der Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen. Da fachliche Eignung nicht nur auf Forschungs-, sondern auch auf Lehraufgaben zu beziehen war, spielten auch hier Integritätsprüfungen eine gewisse Rolle.

Wie ist die Arbeit dieser Kommissionen insgesamt zu beurteilen? Vorab ist noch einmal zu berücksichtigen, daß auch die Evaluationspraxis von Land zu Land, von Universität zu Universität, von Fakultät zu Fakultät im einzelnen, mal mehr, mal weniger, von einem ungefähren Durchschnittsmaß variierte. Maßgeblich dafür waren voneinander abweichende und nicht eindeutig operationalisierbare Verfahrensregelungen, die den durchaus unterschiedlichen Urteilsmaßstäben individueller Akteure ungewöhnliches Gewicht gaben. Maßgeblich dafür war aber auch, daß sich für diese Akteure die Evaluationsaufgabe nicht als ein Typ einfacher Rechenexempel darstellte, für die sich unstrittig richtige Lösungen eindeutig bestimmen lassen. Besonders schwierig erschien die Vermessung persönlicher Integrität, wenn man deren objektive Belastung durch demütigende Systembedingungen nicht einfach übersehen und so tun wollte, als seien in der Biographie der Betroffenen alle Freiheitsgrade für Selbstverwirklichung verfügbar gewesen. Untragbar als Hochschullehrer erschienen Fälle schuldhafter Verletzung anderer. Auch deren Nachweis war nicht immer einfach. Objektive Kriterien wie Parteiämter und Stasi-Verwick-

lungen waren verfügbar und wurden für Urteilsbildungen mit Recht genutzt. Aber es erwies sich bei genauerem Hinsehen oft als zweifelhaft, wie valide sie die aktive Beteiligung an Unrecht abbilden. Auch auf den Schuldspruch tatsächlicher oder auch nur vermeintlicher Opfer war nicht immer Verlaß. Alle, die von außen kamen und damit befaßt waren, haben neben allem sonstigen auch die unangenehm häufige Erfahrung häßlicher Denunziationen gemacht. Gleichwohl, es mußte ausgegrenzt werden, wer auf Kosten anderer Unrecht getan hatte und als Hochschullehrer künftigen Studentengenerationen moralisch nicht mehr zuzumuten war. Gegen diese Entschiedenheit gab es andererseits allorten Verdunkelungsversuche und Abwehrmanöver, auch Seilschaften dort, wo die alten Kader relativ ungestört unter sich blieben. Dafür gab es nach meinem Eindruck am Anfang große, dann zunehmend kleiner werdende Nischen. Ich würde sie am ehesten in den Verwaltungsapparaten orten, sofern diese nicht unter Beteiligung Westdeutscher evaluiert wurden, zum Teil auch in den Hochschulgremien, solange sich an deren Wahlen die neu berufenen Westdeutschen nicht beteiligen konnten. Ihren Einfluß kann man also annehmen, sollte seine Größenordnung aber auch nicht überschätzen. Die Welle der Erneuerung hat neue Machtkonstellationen geschaffen, manchmal langsam, hier und dort unvollständig, aber insgesamt unausweichlich und ziemlich flächendeckend.

Besonders heikel war es, mit dem Opportunismus der Mehrheiten umzugehen und für ihn die Akzeptanzgrenzen zu bestimmen. Einerseits kann man ihn nicht für rundum harmlos halten, andererseits darf man von Menschen nicht verlangen, daß sie unter widrigen Umständen heroisch sind. Wäre Heldentum eine Mitgliedsbedingung für unsere Institutionen, müßte auch der Lehrkörper westdeutscher Fakultäten sicher dezimiert werden. Aber zu solchen Einschätzungen gab es in den Zigtausenden von Personalüberprüfungen Ambivalenzen und Konflikte, in der Praxis der Personalentscheidungen mancherlei Ungereimtheiten, mit Sicherheit auch Fehler. Man kann nicht davon ausgehen, daß für die Betroffenen alles gerecht und für die Hochschulen alles optimal gelaufen ist. Dafür war der notwendige Umbruch zu groß, sein Zeitpunkt zu überraschend, der Tempobedarf zu überfordernd.

Fragt man über individuelle Fälle hinaus nach Gewinnern und Verlierern der ostdeutschen Hochschulerneuerung, so lassen sich auf der Verliererseite mindestens drei Gruppen feststellen. Einen besonders starken Abbau von Akademikern gab es im vorher relativ starken Mittelbau der Hochschulen. Die starke Einschränkung der Gesamtkapazität des Hochschulsektors in den neuen Bundesländern und die Umstellung auf westdeutsche Muster des Personalaufbaus liefen darauf hinaus, daß nicht mehr als etwa ein Viertel der Assistenten und Oberassistenten ihren Platz halten konnte, dies überwiegend auch nur auf neu befristeten Stellen. Da der Mittelbau in den DDR-Hochschulen stark überaltert war, dürften die Entlassenen überwiegend in die Arbeitslosigkeit geraten sein. Blickt man über den Rahmen des Universitätspersonals hinaus, so fällt die große Gruppe der Wissenschaftler der ehemaligen Akademien der Wissen-

schaften auf, die nicht auf Empfehlung des Wissenschaftsrats in Großforschungseinrichtungen, in Forschungsinstitute der Blauen Liste oder in eines der neugegründeten geisteswissenschaftlichen Zentren überführt wurden. Es war sicherlich verdienstvoll, daß ein Teil des großen Restes nach Prüfung durch sogenannte Integrationsausschüsse im Wissenschaftler-Integrations-Programm (WIP) für fünf Jahre aufgenommen und kostenlos an die Hochschulen vermittelt wurde. Es handelte sich um rund 1.500 Personen. Eingeweihte rechnen aber damit, daß von diesen höchstens 100 Wissenschaftler ab 1997 von Hochschulen dauerhaft übernommen werden, daß also das Ziel ihrer Integration nicht bzw. nur befristet erreicht worden ist bzw. werden wird. Der Hauptgrund dafür ergibt sich aus der enormen Stellenverknappung an den Hochschulen und aus der Umwandlung von Mittelbau-Stellen in den Hochschulen in überwiegend befristet besetzbare Positionen.

Eine bittere Feststellung zu den Opfern politischen Unrechts, das in den DDR-Universitäten ausgeübt wurde, in den Worten der Präsidentin der Humboldt-Universität – ich zitiere: „Als unzureichend, wenn nicht gar beschämend muß der Prozeß politischer Rehabilitierung in der DDR von der Universität Ausschlossener bezeichnet werden.“ Nicht nur gelang es nicht, spezielle Stellen für die Wiedereingliederung von früheren Universitätsangehörigen unter erleichterten Voraussetzungen bereitzustellen. Auch wo knappe Stellen im Prinzip frei verfügbar waren, scheiterten Besetzungen häufig daran, daß zu den individuellen Folgen des Unrechts auch der Verlust fachlicher Kompetenz gehören kann. Wer herausgeschmissen oder unterqualifiziert beschäftigt war, verlor leicht den Anschluß an wissenschaftliche Entwicklungen, manchmal wohl auch robuste Leistungsmotivation. Wie auch immer – das weitgehende Mißlingen von Wiedergutmachung gehört zu den traurigen Kapiteln der Hochschulerneuerung.

Demgegenüber kann man zu den Gewinnern des Neuaufbaus sicherlich beträchtliche Teile des westdeutschen Hochschullehrernachwuchses rechnen, die, obwohl keineswegs rundum zweite Wahl, an den westdeutschen Hochschulen nur geringe Berufungschancen besaßen. Daß sie an den ostdeutschen Hochschulen diese Chancen erhielten, ergab sich daraus, daß die diversen Kommissionen, die die Umwandlung betrieben, nicht nur die Aufgabe hatten, die vorhandenen Bestände zu filtern, sondern auch durch Neuberufung wieder aufzubauen. Als allgemeines Ziel galt dafür die Formel „Durchmischung“, „Durchmischung“ von Ost und West. Ich halte dieses Prinzip für insgesamt erfolgreich umgesetzt. Versucht man für den Hochschullehrerbereich begründete Schätzungen der Herkunft des Spitzenpersonals der Universitäten heute, so läßt sich wohl ohne größere Verzerrungen von folgenden Durchschnittsgrößen ausgehen: Insgesamt dürften bei der Umwandlung der DDR-Hochschulen mindestens 50 Prozent der Hochschullehrerkapazität durch Stellenabbau verlorengegangen sein. Von den verbleibenden 50 Prozent wird die knappe Hälfte an westdeutsche, etwas mehr als die Hälfte an ostdeutsche Hochschullehrer verteilt worden sein, wobei letztere allerdings in einem überdurchschnittlichen

Maße auf der unteren Ebene der Hochschullehrerschaft, also nicht auf C-4-, sondern auf C-3-Stellen plazierte wurden. Die Durchmischungsraten schwanken freilich von Hochschule zu Hochschule, vor allem aber zwischen den Fakultäten. Der Ostanteil lag z. B. bei der Humboldt-Universität im Fall der Mathematik mit 90,5 Prozent extrem hoch, überdurchschnittlich hoch auch bei der stark naturwissenschaftlich orientierten Psychologie, bei der Biologie sowie bei der Informatik. Er schwankt weit unterdurchschnittlich zwischen 11 und 20 Prozent bei Erziehungswissenschaften, Sozialwissenschaften, Rechtswissenschaften und Geschichte. Diese Varianzen erklären sich durch das unterschiedliche Ausmaß politisch-ideologischer Durchsetzung der Disziplinen und sind insofern deshalb auch leicht nachvollziehbar.

In welchem Maße die mehr oder weniger vermischten Ensembles von Hochschullehrern in den Instituten und Fakultäten heute von Konflikten belastet sind, die ihre Leistungsfähigkeit beeinträchtigen, läßt sich natürlich schwer einschätzen. Mein Eindruck ist, daß die vorhandenen Konfliktlinien weniger ideologisch als materiell bestimmt sind und sich zunehmend zu Konkurrenzen trivialisieren, in denen es um Ressourcen und Stellenverfügungen geht. Auf diese Weise drücken sich auch im inneren Zustand der ostdeutschen Universitäten die erheblichen Mittelkürzungen aus, die den noch immer nicht abgeschlossenen Neuaufbau ernsthaft gefährden. Es ist fatal, daß an vielen Stellen die Entwicklungen zurückgedreht werden, bevor sie ihre sowieso knapp kalkulierten Ausbauziele erreicht haben.

Was bedeutet all dies für die Studenten? In den akuten Umbruchphasen der Hochschülerneuerung ist die noch unter DDR-Bedingungen rekrutierte Studentenschaft, von wenigen eindrucksvollen einzelnen abgesehen, höchst verunsichert zunächst einmal in Deckung gegangen. Gelegentliche Mobilisierungen blieben insofern defensiv, als sie gegen die Einstellung alter Studiengänge und gegen Entlassung vorhandener Hochschullehrer, also in der Tendenz gegen die Störung des status quo ante gerichtet waren, der ihnen für die eigene Karriere ein hohes Maß an Sicherheit garantiert hatte. Heute sind neue Kohorten in die Hochschulen eingetreten, und es ist erfreulich, in den Rektoratsberichten der ostdeutschen Universitäten lesen zu können, daß Zahl und Anteil von Studierenden westdeutscher Herkunft von Jahr zu Jahr steigen. Auch hier findet also, zwar langsam, aber immerhin zunehmend, eine gewisse Durchmischung statt. Fragt man ostdeutsche Studenten und Studentinnen einige Jahre nach der Wende nach ihrer Zufriedenheit mit der Studiensituation – das hat das Hochschul-Informationssystem (HIS) 1994 getan –, dann wird insgesamt zwar nur ein mäßiger Grad an Zufriedenheit erkennbar. Bemerkenswert aber ist, daß die Zufriedenheit im Vergleich zur Stimmung an westdeutschen Universitäten etwas stärker ausgeprägt ist. Das trifft für das Urteil über Studienorganisation, Studieninhalte, aber auch für die Bewertung von Hochschullehrerkompetenzen zu. Feststellen läßt sich also, daß es aus der Perspektive der Hochschulklientel zumindest zu einer weitgehenden Angleichung der Studiensituation gekommen ist. Dabei ist freilich zu beachten, daß sich die Normalisierung im Rahmen



eines höchst reformbedürftigen Universitätssystems abgespielt hat und daß sich deshalb auch die Zustimmung der Studierenden auf einem Niveau befindet, das die deutsche Hochschulpolitik nicht entlastet.

Es läßt sich bilanzieren, daß sich im Hochschulbereich über mancherlei Irrungen und Wirrungen hinweg fundamentale Angleichungen zwischen Ost und West ergeben haben. Die Anpassung ostdeutscher Hochschulen an den Zustand westdeutscher Hochschulen ist weit fortgeschritten. Das heißt aber auch, die ostdeutschen Hochschulen haben sich neben allen Vorteilen auch die Probleme des westdeutschen Hochschulsystems ins Haus geholt. Jetzt ist es möglich, und jetzt ist es an der Zeit, deutsche Hochschulpolitik gemeinsam zu betreiben. Danke.

**Vorsitzender Rainer Eppelmann:** Wir danken Ihnen, Herr Professor Neidhardt, herzlich. Wir kommen zum nächsten Referenten: Jahrgang 1951, Studium in Münster und Berlin, 1977 Promotion, 1990 Habilitation, dann tätig gewesen an der Universität in Leipzig, an der Freien Universität in Berlin, an der Universität in Potsdam, an der Duke University North Carolina, wieder in Potsdam, dann von 1994 bis 1995 Vorstandsvorsitzender des Vereins zur Weiterqualifizierung brandenburgischer Lehrerinnen und Lehrer e. V. und jetzt Professor für Neuere Geschichte mit dem Schwerpunkt 19. und 20. Jahrhundert am Historischen Institut der Universität in Potsdam. Herr Professor Görtemaker, bitte.

**Professor Dr. Manfred Görtemaker:** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem Herr Professor Neidhardt eben ein breites Panorama der Entwicklung der ostdeutschen Hochschullandschaft in den vergangenen sechs Jahren gezeichnet hat, will ich mich jetzt stärker auf die Praxis der Evaluierung und der Hochschulerneuerung beziehen, auch vor dem Hintergrund meiner Tätigkeit als Prorektor in Potsdam in den vergangenen zwei Jahren, in denen ich zu einem ganz wesentlichen Teil meiner Arbeit mit der Veränderung der Strukturen, auch der personellen Strukturen, dieser Universität befaßt war. Sie wissen – Professor Neidhardt hat es eben gesagt –, die Evaluierung war ein Kernthema bei der Umgestaltung der Universitäts- und Forschungslandschaft der ehemaligen DDR. Sie wurde von den in der Lehre und Forschung tätigen Mitarbeitern in Ostdeutschland über Jahre hinweg als Damoklesschwert über ihrer beruflichen Existenz empfunden und von den Evaluatoren ebenso wie von den an den ostdeutschen Universitäten neu berufenen Professoren aus dem Westen als notwendige, aber schwierige Aufgabe gesehen, die nicht selten das akademische Klima erheblich belastete. Allzu oft wurde dabei die politische Komponente der Evaluierung zu sehr in den Vordergrund gerückt. Selbstverständlich spielte Politik eine Rolle. Die Erblast der Diktatur war aus dem hochzentralisierten und stark politisierten Wissenschaftsbetrieb der DDR nicht wegzudenken. Sie zu leugnen oder zu vernachlässigen, hätte nicht zuletzt denjenigen, deren akademische Karrieren aus politischen Gründen gebrochen worden waren, neues Unrecht zugefügt. Aller-